

# „WIR SCHIESSEN, WENN MAN AUF UNS SCHIESST“

„Rote Armee Fraktion“ über die Baader-Meinhof-Gruppe

Zweimal seit der Befreiung des Frankfurter Kaufhausbrandstifters Andreas Baader aus Berliner Justizgewahrsam am 14. Mai 1970 meldeten sich Befreiter und Befreier aus der Illegalität. Wortführerin: die einstige „Konkret“-Kolumnistin Ulrike Meinhof. Das erste Lebenszeichen druckte drei Wochen nach der Aktion das West-Berliner Anarchisten-Blatt „Agit 883“. Titel: „Die Rote Armee aufbauen“. Die zweite Wortmeldung registrierte die französische Journalistin Michèle Ray für den SPIEGEL (25/1970). Ulrike Meinhof: „Natürlich kann geschossen werden.“ An-

fang letzter Woche erreichte auserwählte Adressaten eine dritte Botschaft aus dem Irgendwo: ein vierzehnteiliges Traktat, dessen Verfasser sich als Angehörige der in einer Großfahndung von der Bundesanwaltschaft gesuchten Baader-Meinhof-Gruppe ausgaben, und tatsächlich stimmen Stil und Argumentationsweise mit der Diktion Ulrike Meinhofs überein. Als Absender zeichnete: „Rote Armee Fraktion“. Tenor: „Wer keine Angst vor Vierteilung hat, wagt, den Kaiser vom Pferd zu zerren“ (Mao). Aus der Flugschrift veröffentlicht der SPIEGEL einen Auszug:

Einige Genossen sind mit ihrem Urteil über uns schon fertig. Für sie ist es eine „Demagogie der bürgerlichen Presse“, diese „anarchistische Gruppe“ mit der sozialistischen Bewegung überhaupt in Verbindung zu bringen...

Daß fast alles, was die Zeitungen über uns schreiben — und wie sie es schreiben: alles — gelogen ist, ist klar. Entführungspläne mit Willy Brandt sollen uns zu politischen Hornochsen stempeln, die Verbindung zwischen einer Kindsentführung und uns zu Verbrechen, die in der Wahl der Mittel skrupellos sind. Das geht bis zu den „gesicherten Einzelheiten“ in „Konkret“, wo allerdings schon die für die Sache belanglosen Details nur zusammengeschludert wurden.

Daß es bei uns „Offiziere und Soldaten“ gäbe, daß jemand jemandem „hörig“ sei, daß jemals jemand „liquidiert“ werden sollte, daß Genossen, die sich von uns getrennt haben, noch was von uns zu befürchten hätten, daß wir uns mit der vorgehaltenen Knarre Zutritt zu Wohnungen verschafft hätten oder Pässe, daß „Gruppenterror“ ausgeübt würde — das ist alles nur Dreck.

Wer sich die illegale Organisation von bewaffnetem Widerstand nach dem Muster von Freikorps und Feme vorstellt, will selbst das Pogrom... Der revolutionäre Zwangscharakter ist eine *contradictio in adjecto* — ein Widerspruch, der nicht geht. Eine revolutionäre politische Praxis unter den herrschenden Bedingungen — wenn nicht überhaupt — setzt die permanente Integration von individuellem Charakter und politischer Motivation voraus, das heißt politische Identität. Marxistische Kritik und Selbstkritik hat mit „Selbstbefreiung“ nichts, dagegen mit revolutionärer Disziplin sehr viel zu tun...

Auch viele Genossen verbreiten Unwahrheiten über uns. Sie machen sich damit fett, daß wir bei ihnen gewohnt hätten, daß sie unsere Reise in den Nahen Osten organisiert hätten, daß sie über Kontakte informiert wären, über Wohnungen, daß sie was für uns täten, obwohl sie nichts tun. Manche wollen damit nur zeigen, daß sie „in“ sind... Manche wollen damit beweisen, daß wir blöde sind, unzuverlässig, unvorsichtig, durchgeknallt. Damit nehmen sie andere gegen uns ein. In Wirklichkeit schließen sie nur von sich auf uns. Sie konsumieren.

Wir haben mit diesen Schwätzern, für die sich der antilperialistische Kampf beim Kaffee-Kränzchen abspielt, nichts zu tun. Solche, die nicht schwatzen, die einen Begriff von Widerstand haben, denen genug stinkt, um uns eine Chance zu wünschen, die uns unterstützen, weil sie wissen, daß ihr Kram lebenslängliche Integration



Gesuchte Ulrike Meinhof  
„Höchste Form des Marxismus“

und Anpassung nicht wert ist, gibt es viele.

Die Wohnung in der (West-Berliner) Knesebeckstraße 89 (Mahler-Verhaftung) ist nicht durch eine Schlamperei von uns hochgegangen, sondern durch Verrat. Der Denunziant war einer von uns. Dagegen gibt es für die, die das machen, was wir machen, keinen Schutz dagegen, daß Genossen von den Bullen fertiggemacht werden, daß einer den Terror nicht aushalten kann, den das System gegen die entfaltet, die es tatsächlich bekämpfen. Sie hätten nicht die Macht, wenn sie nicht die Mittel hätten, die Schweine.

Manche geraten durch uns in einen unerträglichen Rechtfertigungsdruck. Um der politischen Auseinandersetzung mit uns auszuweichen, der In-

fragestellung der eigenen Praxis durch unsere Praxis, werden sogar einfache Fakten verdreht. So wird zum Beispiel immer noch behauptet, Baader hätte nur drei oder neun oder zwölf Monate abzusitzen gehabt, obwohl die richtigen Daten leicht zu ermitteln sind: Drei Jahre für Brandstiftung, sechs Monate von früher auf Bewährung, sechs Monate schätzungsweise für Urkundenfälschung etc. — der Prozeß stand noch bevor.

Von diesen 48 Monaten hatte Andreas Baader 14 in zehn hessischen Gefängnissen abgesehen — neun Verlegungen wegen schlechter Führung, das heißt Organisation von Meuterei; Widerstand. Das Kalkül, mit dem die verbleibenden 34 Monate auf drei, neun und zwölf heruntergefeilscht worden sind, hatte den Zweck, der Gefangenenbefreiung vom 14. Mai auch noch den moralischen Wind aus den Segeln zu nehmen. So rationalisieren einige Genossen ihre Angst vor den persönlichen Konsequenzen, die die politische Auseinandersetzung mit uns für sie haben könnte.

Die Frage, ob die Gefangenenbefreiung auch dann gemacht worden wäre, wenn wir gewußt hätten, daß ein Linker (Angestellter des Instituts für soziale Fragen) dabei angeschossen wird — sie ist uns oft genug gestellt worden —, kann nur mit Nein beantwortet werden. Die Frage: Was wäre gewesen, wenn, ist aber vieldeutig — pazifistisch, platonisch, moralisch, unparteiisch.

Wer ernsthaft über Gefangenenbefreiung nachdenkt, stellt sie nicht, sondern sucht sich die Antwort selbst. Mit ihr wollen Leute wissen, ob wir so brutalisiert sind, wie uns die Springerpresse darstellt, da soll uns der Katechismus abgefragt werden. Sie ist ein Versuch, an der Frage der revolutionären Gewalt herumzufummeln, revolutionäre Gewalt und bürgerliche Moral auf einen Nenner zu bringen, was nicht geht.

Es gab bei Berücksichtigung aller Möglichkeiten und Umstände keinen Grund für die Annahme, daß ein Ziviler sich noch dazwischenwerfen könnte und würde. Daß die Bullen auf so einen keine Rücksicht nehmen würden, war uns klar. Der Gedanke, man müßte eine Gefangenenbefreiung unbewaffnet durchführen, ist selbstmörderisch.

Am 14. Mai ebenso wie in Frankfurt, wo zwei von uns abgehauen sind, als

## LUFTFAHRT

## ARBEITSKAMPF

## Verdünnter Verkehr

sie verhaftet werden sollten, weil wir uns nicht einfach verhaften lassen — haben die Bullen zuerst geschossen. Die Bullen haben jedesmal gezielte Schüsse abgegeben. Wir haben zum Teil überhaupt nicht geschossen, und wenn, dann nicht gezielt. In Berlin, in Nürnberg, in Frankfurt. Das ist nachweisbar, weil es wahr ist.

Wir machen nicht „rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch“. Der Bulle, der sich in dem Widerspruch zwischen sich als „kleinem Mann“ und als Kapitalistenknecht, als kleinem Gehaltsempfänger und Vollzugsbeamten des Monopolkapitals befindet, befindet sich nicht im Befehlsnotstand. Wir schießen, wenn auf uns geschossen wird. Den Bullen, der uns laufen läßt, lassen wir auch laufen.

Es ist richtig, wenn behauptet wird, mit dem immensen Fahndungsaufwand gegen uns sei die ganze sozialistische Linke in der Bundesrepublik und Westberlin gemeint. Das bisschen Geld, das wir geklaut haben sollen, die paar Auto- und Dokumentendiebstahle, derentwegen gegen uns ermittelt wird, auch nicht der Mordversuch, den man uns anzuhängen versucht, rechtfertigen für sich den Tanz.

Der Schreck ist den Herrschenden in die Knochen gefahren, die schon geglaubt hatten, diesen Staat und alle seine Einwohner und Klassen und Widersprüche bis in den letzten Winkel im Griff zu haben; die Intellektuellen wieder auf ihre Zeitschriften reduziert, die Linken wieder in ihre Zirkel eingeschlossen, den Marxismus-Leninismus entwapfnet, den Internationalismus demoralisiert zu haben. So zimperlich freilich, wie die sich aufführten, so verletzbar ist die Machtstruktur, die sie repräsentieren, nicht...

Wir behaupten, daß die Organisation von bewaffneten Widerstandsgruppen zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik und West-Berlin richtig ist, möglich ist, gerechtfertigt ist. Daß es richtig, möglich und gerechtfertigt ist, hier und jetzt Stadtguerilla zu machen. Daß der bewaffnete Kampf als „die höchste Form des Marxismus-Leninismus“ (Mao) jetzt begonnen werden kann und muß, daß es ohne den keinen antimperialistischen Kampf in den Metropolen gibt.

Wir sagen nicht, daß die Organisation illegaler bewaffneter Widerstandsgruppen legale proletarische Organisationen ersetzen könnte und Einzelaktionen Klassenkämpfe, und nicht, daß der bewaffnete Kampf die politische Arbeit im Betrieb und im Stadtteil ersetzen könnte. Wir behaupten nur, daß das eine die Voraussetzung für den Erfolg und den Fortschritt des anderen ist. Wir sind keine Blanquisten und keine Anarchisten, obwohl wir Blanqui\* für einen großen Revolutionär halten und den persönlichen Heroismus vieler Anarchisten für ganz und gar nicht verächtlich...

\* Der französische Kommunist und Anarchist Louis Auguste Blanqui war 1830, 1848 und 1871 an Aufständen in Frankreich beteiligt.

Wir wollen nur ein krankes Flugsicherungssystem gesünder machen“, behauptet Wolfgang Kassebohm, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Flugleiter.

Um die Genesung voranzutreiben, begannen die 800 Platzanweiser der Luft am letzten Donnerstag einen Bummelstreik. Schon am ersten Tag der Aktion mußten die Piloten der internationalen Linien, die den Rhein-Main-Flughafen Frankfurt anfliegen wollten, insgesamt 209 Stunden in der Luft kreisen, bis sie zu Boden gehen durften. In Hannover drängten sich abreisende Messegäste in den Aufenthaltsräumen und warteten mißgelaunt



Westdeutscher Fluglotse  
Besonderer Streß

bis zu zwei Stunden auf den Start ihrer Maschinen.

Die längste Verspätung hatte der Flug LH 730 am Donnerstag von Düsseldorf nach Frankfurt. Die LH-730-Passagiere mußten sich genau sechs Stunden und 15 Minuten gedulden. „Das ist kein Streik“, behauptet Kassebohm, „wir verdünnen nur den Verkehr in der Luft.“

Mit dieser „spontanen Aktion“ (Kassebohm) wollen die Radar-, Sprechfunk- und Peilspezialisten ein völlig neues Personalstatut durchsetzen. Grund: Flugleiter seien mehr als andere Bundesbedienstete einem besonderen Streß ausgesetzt und trügen dazu eine besonders hohe Verantwortung.

Das bestreitet den Lotsen noch nicht einmal der Arbeitgeber. „Wir erkennen prinzipiell die Schwierigkeiten dieser verantwortlichen Tätigkeit an und auch die effektiv qualifizierte Leistung des Personals“, sagt Karl Wittrock, Staatssekretär im für die Luftfahrt zuständigen Bundesverkehrsministerium.

Deshalb hat der Bund seine Flugleiter schon im vergangenen Jahr in höhere Besoldungsgruppen eingestuft. Danach befinden sich heute 52 Prozent aller Luftkontrolleure in den beiden obersten Rängen des gehobenen Dienstes. In den anderen Bundesbereichen dagegen stiegen nur zwölf Prozent der Beamten in diese Dienstgrade auf.

Wittrock rechnete vor, allein die Beförderung habe den Lotsen in den letzten beiden Jahren eine durchschnittliche Gehaltssteigerung von 35 Prozent eingebracht. Überdies besserte der Bundestag den jetzt unzufriedenen Flugleitern erst jüngst die Erschwerungszulage von 67 Mark auf 145 Mark auf.

Das alles freilich ist den Spezialisten in den Kontrolltürmen noch nicht genug. Sie bestehen darauf, als Dienst besonderer Art eingeschätzt zu werden, und fordern überdies mehr Urlaub, eine reduzierte Arbeitszeit und eine neue Pausen-Regelung. Alles zusammenaddiert, so Wittrock, würde die „De-facto-Arbeitszeit“ der Flugleiter auf 25 Stunden in der Woche verkürzen. Der Personal-Fehlbestand, der heute bereits 30 Prozent beträgt, stiege dann auf das Doppelte. „Bei allem Verständnis für diesen aufreibenden Beruf“, meint der Staatssekretär, „kurzfristige Lösungen kann man da doch nicht erzwingen.“

Im Mai soll in einem Hearing vor dem Verkehrsausschuß des Bundestages über die Lage der Flugsicherer beraten werden. Auf dem Programm steht vorrangig eine Herabsetzung des Pensionsalters auf 55 Jahre. Daneben hat das Bundesverkehrsministerium auch bereits den Vorschlag der zuständigen Arbeitnehmer-Verbände aufgegriffen und eine neue Ausbildungsordnung ausgearbeitet.

Während die Lufthansa in der vergangenen Woche an die murrenden Fluggäste Handzettel verteilen ließ, auf denen um Verständnis für die Verspätung geworben wurde, versucht das Ministerium die Bummelstreiker zum Einlenken zu zwingen. In einem Schreiben an die Flugleiter drohte der oberste Dienstherr Georg Leber, die Erschwerungszulage zu streichen. Begründung: „Wer bummelt, macht keinen schweren Dienst“ (Wittrock).

Überdies erließ Leber am letzten Freitag eiligst eine Rechtsverordnung, nach der die Bundesanstalt für Flugsicherung künftig den sogenannten Individualverkehr in der Luft (die Sport- und Privatfliegerei) untersagen kann, um die Wartezeiten der Linienmaschinen zu verkürzen.

Zwei Beamte dürfen seit dem letzten Donnerstag mit Genehmigung ihres Dienstherrn bummeln: Wolfgang Kassebohm und sein Kollege Werner Langbecker vom Ingenieurverband der Flugsicherung wurden von der Arbeit suspendiert. Kassebohm: „Das ist eine höchst undemokratische Willkürmaßnahme!“ Staatssekretär Wittrock meint dagegen: „Wir mußten schon aus beamtenrechtlichen Gründen die Rädelsführer entfernen.“